

Haushaltssicherungsbericht
2012
und
Haushaltssicherungskonzept
2014
der
Stadt Burgdorf



Haushaltssicherungsbericht 2012

Rechtsgrundlage

Gem. § 110 Abs. 6 NKomVG ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, sofern der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann. Darin ist festzulegen, innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden soll.

Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Ist nach Satz 1 ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und war dies bereits für das Vorjahr der Fall, so ist über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen ein Haushaltssicherungsbericht beizufügen. Im Haushaltssicherungsbericht wird über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen berichtet.

Im Folgenden werden die Maßnahmen des Jahres 2012, die zur Sicherung bzw. Konsolidierung des Haushalts der Stadt Burgdorf vorgenommen worden sind, dargestellt und deren Umsetzung kurz erläutert.

Haushaltssicherungsmaßnahmen 2012

Die am 26.01.2012 vom Rat beschlossene Haushaltssatzung 2012 weist einen strukturellen Fehlbetrag von 5.856.100 € aus. Als Konsolidierungsziel sieht das gleichzeitig verabschiedete Haushaltssicherungskonzept 2012 Mehrerträge / Minderaufwendungen in Höhe von **999.900 €** vor. Die einzelnen Maßnahmen waren:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Wert	Begründung
1	11100	Städtepartnerschaften	2012	15.900	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften
2	11100	Großraumentdeckertag	2012	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumentdeckertag in Hannover
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	2012	3.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)
4	12201	Bürgerbüro	2012	20.000	Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro, dadurch Einsparung 1/2 Stelle
5	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	2012	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)
6	27200	Stadtbücherei	2012	5.000	Reduzierung der Haushaltsmittel im Budget der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)
7	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratsschießen	2012	5.500	Die Schützenfeste und das Ratsschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt
8	31501	Essen auf Rädern	2012	500	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie
9	36300	Jugendamt	2012	50.000	Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden
10	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	2012	1.700	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen
11	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	2012	1.000	Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen
12	52100	Gebühren Bauverwaltung	2012	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten

13	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	2012	18.000	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtparkplatz mit Parkscheinautomat (vorher Bewirtschaftung mit Parkscheibe)
14	55200	Gewässerunterhaltung	2012	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung
15	57100	Stadt- und Standortwerbung	2012	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter
16	61100	Vergnügungssteuer	2012	16.000	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuer von 12% auf 14% ab 01.07.2013
17	126, 21, 272, 365, 366	Budgetierungsrichtlinien	2012	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien
18	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung	2011	800.000	Einsparung durch globale monetäre Zielvorgaben

zu 1 Produkt 11100 - Städtepartnerschaften

Reduzierung der Ausgaben zur Pflege der Städtepartnerschaften

Minderaufwand ab 2012: 15.900 €

Umsetzung

In 2012 wurden keine Mittel für Städtepartnerschaften verausgabt.

zu 2 Produkt 11100 - Großraumentdeckertag

Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumentdeckertag in Hannover

Minderaufwand ab 2012: 1.500 €

Umsetzung

In 2012 wurden keine Mittel für den Großraumentdeckertag verausgabt.

zu 3 Produkt 11101 - Öffentlichkeitsarbeit

Reduzierung der Ausgaben für Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.

Minderaufwand ab 2012: 3.000 €

Umsetzung

Der Ansatz wurde dauerhaft reduziert. Seit 2012 werden 3.000 € bei der Öffentlichkeitsarbeit eingespart.

zu 4 Produkt 12201 - Bürgerbüro

Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro

Minderaufwand ab 2012: 20.000 €

Umsetzung

Durch den Wegfall des Samstagsdienstes konnte eine halbe Stelle eingespart werden.

zu 5 Produkt 21100 - Lehrschwimmbecken

Gudrun-Pausewang Grundschule

Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule

Minderaufwand ab 2012: 33.300 €

Umsetzung

Das Lehrschwimmbecken wurde Ende 2011 geschlossen.

zu 6 Produkt 27200 - Stadtbücherei

Reduzierung des Budgets

Minderaufwand ab 2012: 5.000 €

Umsetzung

Das Budget der Stadtbücherei wurde ab 2012 um 5.000 € reduziert.

zu 7 Produkt 28100 - Schützenfeste und Ratsschießen

Die Schützenfeste und das Ratsschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt

Minderaufwand ab 2012: 5.500 €

Umsetzung

Ein Zuschuss wurde in 2012 nicht mehr gezahlt und wird auch künftig nicht mehr gewährt.

zu 8 Produkt 31501 - Essen auf Rädern

Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie

Minderaufwand ab 2012: 500 €

Umsetzung

Der Zuschuss wurde in 2012 nicht mehr gezahlt und wird auch künftig nicht mehr gewährt.

zu 9 Produkt 36300 - Jugendamt

Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden

Minderaufwand ab 2012: 50.000 €

Umsetzung

Notwendige Jugendhilfen sollten möglichst im kostengünstigeren ambulanten bzw. teilstationären Bereich eingerichtet werden. Stationäre Unterbringungen sollten möglichst in Pflegestellen erfolgen. Da Pflegestellen zunehmend schwerer zu rekrutieren sind und stationäre Jugendhilfeunterbringungen eine gesetzliche Pflichtaufgabe sind, ließ sich die Vorgabe bisher nicht umsetzen.

zu 10 Produkt 51100 - Städtebau und Städteplanung

Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen

Mehrertrag ab 2012: 1.700 €

Umsetzung

Die Maßnahme kam bisher noch nicht zur Anwendung, da die bisher gültige Verwaltungskostensatzung noch nicht angepasst wurde. Die Änderung erfolgt zum 01.01.2014.

zu 11 Produkt 51100 - Städtebau und Städteplanung

Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen

Mehrertrag ab 2012: 1.000 €

Umsetzung

Die Maßnahme kam bisher noch nicht zur Anwendung, da die bisher gültige Verwaltungskostensatzung noch nicht angepasst wurde. Die Änderung erfolgt zum 01.01.2014.

zu 12 Produkt 52100 - Gebühren Bauverwaltung

Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten

Mehrertrag ab 2012: 1.000 €

Umsetzung

Der geplante Mehrertrag konnte bisher noch nicht erreicht werden. Die neue Dienstanzweisung ist am 01.10.2013 in Kraft getreten, in der auch der Gebührensatz für die Anfertigung von Kopien geändert wurde. Künftig werden entsprechende Mehrerträge erwartet.

zu 13 Produkt 54600 - Parkeinrichtungen

Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtsparkplatz mit Parkscheinautomat

Mehrertrag ab 2012: 18.000 €

Umsetzung

Die Parkplätze am Schützenplatz wurden ab November 2012 und die Parkplätze am Finanzamt ab Dezember 2012 mittels eines Parkscheinautomaten bewirtschaftet. Dadurch wurden im Jahr 2012 Erträge in Höhe von 1.950,20 € erzielt.

zu 14 Produkt 55200 - Gewässerunterhaltung

Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung

Minderaufwand ab 2012: 10.000 €

Umsetzung

Es werden seit 2012 keine Zuschüsse mehr an Realverbände für die Gewässerunterhaltung gezahlt.

zu 15 Produkt 57100 - Stadt- und Standortwerbung

Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter

Minderaufwand ab 2012: 2.500 €

Umsetzung

Die Mittel wurden entsprechend der Vorgaben reduziert.

zu 16 Produkt 61100 - Vergnügungssteuer

Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuern von 12% auf 14%

Mehrertrag ab 2012: 16.000 €

Umsetzung

Der Vergnügungssteuersatz wurde zum 01.07.2012 um 2% angehoben. Es konnten in 2012 Mehreinnahmen in Höhe von rund 23.300 € erzielt werden.

zu 17 verschiedene Produkte – Budgetrichtlinien

Einsparungen durch Einführung von einheitlichen Budgetrichtlinien

Minderaufwand ab 2012: 15.000 €

Umsetzung

Bisher konnte aufgrund andauerndem Personalausfall noch keine Umsetzung erfolgen. Eine Umsetzung ist für 2014 geplant.

zu 18 verschiedene Produkte - Globale Minderausgaben

Einsparungen durch globale monetäre Zielvorgaben

Umsetzung

Personal - u.a. verzögerte Neu- / Wiederbesetzung von freien Stellen, niedrigere Erfahrungsstufe bei Nachbesetzungen, Erschließen von Einnahmequellen bei Neueinstellungen (z.B. Förderung durch Arbeitsagentur, Berufsgenossenschaft o.ä.). Aufgrund von Tarifsteigerungen und Aufgabenzuwächsen steigen jedoch auch die Personalkosten regelmäßig an. Beispielhaft für Aufgabenzuwächse seien die Betreuungsangebote im Kinder- und Jugendbereich genannt, deren Zuwachs ausdrücklich gewollt bzw. gesellschaftlich notwendig geworden ist. Dem gegenüber stehen bereits praktizierte Aufgabenkritik und vereinzelte Stellenstreichungen, die in den jährlichen Stellenplänen umgesetzt werden. Insofern werden Kostensteigerungen häufig bereits durch Einsparungen im Stellenplan abgedeckt.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens - u.a. Verzicht auf Schönheitsreparaturen, Beschränkung der baul. Unterhaltung auf das Notwendigste.

Überprüfung der Standards bei Investitionen (z. B. kostengünstigere Realisierung bei Baumaßnahmen), spätere Umsetzung / Streckung einzelner Investitionen.

Kto.art	Bezeichnung	Lt. HSK	Lt. vorl. Ergebnis (rd.)
40	Personalaufwendungen	87.000 €	994.000 €
421	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	127.000 €	362.000 €
422	Unterhaltung des beweglichen Vermögens u. Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	32.000 €	115.000 €
423	Mieten und Pachten	7.000 €	20.000 €
424	Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	115.000 €	162.000 €
425	Haltung von Fahrzeugen	18.000 €	49.000 €
426	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	14.000 €	75.000 €
427	Besondere Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen	83.000 €	539.000 €
428	Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten	13.000 €	71.000 €
431	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	80.000 €	808.000 €
442	Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten	12.000 €	25.000 €
443	Geschäftsaufwendungen	25.000 €	58.000 €
444	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	12.000 €	18.000 €
445	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten	17.000 €	83.000 €
451	Zinsaufwendungen	55.000 €	181.000 €
452	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	38.000 €	104.000 €
471	Abschreibungen	65.000 €	
		800.000 €	3.664.000 €

Fazit:

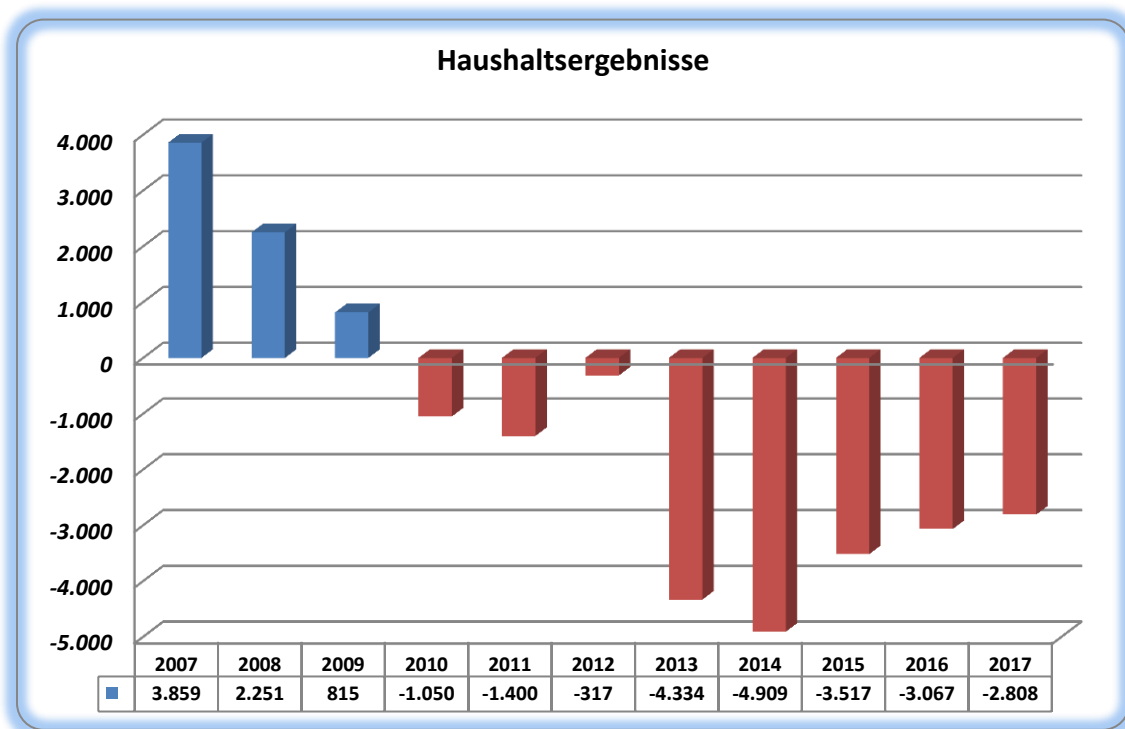
Die Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes konnten nicht nur erfüllt sondern insgesamt weit übertroffen werden.

Haushaltssicherungskonzept der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2014

1. Ausgangslage

Die Stadt Burgdorf hat zum 01.01.2010 ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR; Doppik) umgestellt. Ab diesem Zeitpunkt fanden somit die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben des NKR Anwendung, was sich auch auf die Beurteilung der Fragen des Haushaltsausgleichs und der Haushaltssicherung bezog.

Während die letzten kameral geführten Haushaltsjahre mit einem positiven Ergebnis, d.h. mit einem Überschuss im Verwaltungshaushalt abgeschlossen wurden, konnte seit dem Zeitpunkt der Umstellung auf die Doppik kein Ausgleich der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt dargestellt werden.



2007 – 2009 Rechnungsergebnisse, 2010 – 2012 vorl. Ergebnisse, 2013 – 2017 Pläne

Aus dem Gesamtergebnisplan des vorliegenden Haushaltplanes 2014 ist erkennbar, dass die Ergebnishaushalte im gesamten weiteren Finanzplanungszeitraum (2015 – 2017) mit Fehlbeträgen abschließen.

	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€
ordentliche Erträge	53.236.600	54.278.900	55.369.300	56.482.500
ordentliche Aufwendungen	58.146.300	57.796.300	58.436.000	59.290.800
Saldo (Defizit)	-4.909.700	-3.517.400	-3.066.700	-2.808.300

Allerdings ist positiv festzustellen, dass die Fehlbeträge kontinuierlich geringer werden.

2. Rechtliche Grundlagen

Die Gemeinden sind nach § 110 NKomVG verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Der Haushalt soll in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.

Kann dieser Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so ist gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz definiert die Rechtsgrundlage für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts in § 110 Abs. 6 wie folgt:

„Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Darin ist festzulegen,

- innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht,
- wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und
- wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrags in künftigen Jahren vermieden werden soll.

Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.’

Die im Haushaltssicherungskonzept zu treffenden Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Ausgleich des Ergebnishaushaltes im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung, d. h. hier bis zum Jahr 2017, wieder herzustellen.

Bei der Aufstellung und der inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten sind die mit Bekanntmachung des MI vom 30.10.2007 festgelegten ‚Hinweise zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung des Haushaltssicherungskonzepts (§ 110 Abs. 6 NKomVG)’ zu beachten.

Danach sind die notwendigen Maßnahmen konkret und verbindlich zu beschreiben. Der genaue Umsetzungszeitpunkt, die Umsetzungsmethode und das bezifferte Einsparvolumen jeder Einzelmaßnahme sind zu benennen. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Umsetzungsschritte sind im Hinblick auf die Erträge und Aufwendungen der Haushalte des Aufstellungsjahres und der Folgejahre festzulegen. Der bloße Hinweis im Haushaltssicherungskonzept auf abstrakte Prüfungsaufträge (wie in den früheren Konsolidierungskonzepten erfolgt) genügt dabei ausdrücklich nicht den besonderen Anforderungen des § 110 Abs. 6 NKomVG.

Des Weiteren sind alle Möglichkeiten der Ertragsverbesserung zu überprüfen. Alle nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen sind detailliert aufzulisten, kritisch auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen und ggf. konsequent zu reduzieren. Aufwandserhöhungen im Bereich der nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen sind einzeln darzustellen und zu begründen.

3. Analyse der aktuellen Lage / Ursachen für die Fehlbetragsentwicklung

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 weist im ordentlichen Ergebnis (Erträge: rd. 53,237 Mio. €, Aufwendungen: rd. 58,146 Mio. €) einen Fehlbetrag in Höhe von rd. 4,910 Mio. € aus. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2009 (letzter ausgeglichener Haushalt; Einnahmen u. Ausgaben jew. rd. 48,108 Mio. €, Ergebnis /Zuführung an VermHH +814 T€) ergibt sich eine **Ergebnisverschlechterung** von rd. **5,72 Mio. €**.

Die Probleme bezüglich des Haushaltsausgleichs liegen nicht nur, doch auch in der Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik begründet. Im Ver-

gleich zur Kameralistik müssen in der Doppik nicht nur alle zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen zum Ausgleich gebracht werden, sondern auch alle zahlungsunwirksamen Aufwendungen wie z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen. Daneben haben sich durch die Umstellung u. a. auch die Kriterien für die Beurteilung von Baumaßnahmen hinsichtlich ihrer Veranschlagung im investiven Bereich (entspr. Vermögenshaushalt) oder im Aufwand (entspr. Verwaltungshaushalt) geändert. Allein durch diese Umstände fällt das Defizit im Jahr 2014 um rd. 1,678 Mio. € höher aus.

Die Analyse der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Lage ist für die Stadt Burgdorf kein erstmaliger und einmaliger Prozess, der vor dem Hintergrund der Erfordernisse der Haushaltssicherung durchgeführt wird. Vielmehr findet sich im jährlichen Vorbericht zum Haushaltsplan und in den Rechenschaftsberichten zum Jahresabschluss bereits eine Vielzahl verschiedenster Grafiken und Tabellen, welche die Entwicklung wesentlicher Daten chronologisch abbilden.

Die Gründe für die Veränderungen (zum Jahr 2009 und den Vorjahren) sind vielfältig und waren nur zum Teil von der Stadt Burgdorf zu vertreten (interne Gründe). Ein Großteil der Faktoren für die Ergebnisverschlechterung wurde von außen hereingetragen und war von der Stadt Burgdorf – wenn überhaupt – nur geringfügig zu beeinflussen (externe Gründe).

Bei den externen Gründen können beispielsweise angeführt werden:

- der Rechtsanspruch auf Krippenbetreuung
- die Doppik-Umstellung mit den systembedingten zusätzlichen Aufwendungen
- Tarifsteigerungen
- Eingriffe der Landesregierung in den kommunalen Finanzausgleich
- Einführung einer Entschuldungsumlage

Die aufgeführten Gründe sind nur einige Beispiele und erheben keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit.

Als interne Faktoren sind u. a. die Ausweitung der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten und die Einführung einer Offenen Ganztagschule an allen Grundschulen zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 zu nennen.

4. Haushaltssicherungskonzepte 2010 bis 2013

Aufgrund der Tatsache, dass es der Stadt Burgdorf seit dem Jahr 2010 nicht mehr gelungen ist, ihren (ordentlichen) Haushalt auszugleichen, besteht seit 2010 auch die Verpflichtung, jährlich ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen bzw. das bestehende fortzuschreiben. Die Ergebnisse aus den bisher beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen haben zwar nicht dazu geführt, das Entstehen der Fehlbeträge zu verhindern, sie haben aber sehr wohl dazu beigetragen, dass die Fehlbetragsentwicklung in den einzelnen Haushaltsjahren deutlich geringer ausgefallen ist. Nachstehend ist eine Übersicht aller Konsolidierungsmaßnahmen der Jahre 2010 bis 2013 aufgeführt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Wert 2013	Begründung
1	11100	Städtepartnerschaften	2012	1.400	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften
2	11100	Großraumentdeckertag	2012	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumentdeckertag in Hannover
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	2012	3.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)
4	11102	Verwaltungsnebenstellen	2011	26.000	Schließung der Verwaltungsnebenstellen Otze und Raml./Ehlershausen
5	11106	Glasreinigungskosten	2010	10.000	Reduzierung d. Reinigung von 2x auf 1x jährl.
6	11106	Gebäudewirtschaft - Betriebskosten	2011	15.000	Reduzierung der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen durch die Veräußerung von Liegenschaften (Weidendamm, V.d.Celler Tor, Eseringer Str., Ratsweg)
7	11106	Energieeinsparungen	2012	2.800	Energieeinsparungen durch Sanierung der Heizung und der Wärmedämmung in der GS Otze
8	11112	Vermessung u. Werbung Grundstücke	2010	10.000	Verzicht auf nicht zwingende Vermessung/Werbung
9	11112	Aufwend. f. sonst. Dienstleistungen	2010	500	Reduktion Pflege städt. Flächen durch Bauhof
10	12201	Bürgerbüro	2012	20.000	Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro, dadurch Einsparung 1/2 Stelle
11	12203	Verwarnungsgelder fließender Verkehr	2011	23.000	Anschaffung neue Kamera und Optimierung der Einsatzmöglichkeiten der Kamera zur Überwachung des fließenden Verkehrs
12	.3321..	Benutzungsgebühren	2011	79.000	Erhöhung der Benutzungsgebühren um 10% mit Ausnahme der kostendeckenden Bereiche (Abwasser, Straßenreinigung u. Marktwesen) und der Kindergärten
13	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule - Benutzungsgebühren	2010	6.000	Erhöhung d. Pauschale f. Nutzung Sporthalle TSV 1. Handball
14	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	2012	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)
15	24300	Zuschüsse an übrige Bereiche - Schulbeihilfen	2010	30.000	Zahlung Zuschuss für ALG II Empfänger durch Job Center
16	27200	Stadtbücherei	2012	5.000	Reduzierung der Haushaltsmittel im Budget der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)
17	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratsschießen	2012	4.600	Die Schützenfeste und das Ratsschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt
18	31500	Benutzungsgebühren u. ä. Entgelte	2010	1.000	Anpassung Nebenkostenpauschale
19	31501	Essen auf Rädern	2012	500	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie
20	36300	Jugendamt	2012	50.000	Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden
21	365...	Gebühren Kindergarten	2011	24.500	Anpassung der Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2014
22	42100	Allgemeine Sportförderung	2013	2.800	Einstellung der Erwachsenenförderung
23	42401	Bäder Zuschuss an WBB	2011	23.000	Erhöhung Eintrittspreise HFB um 10%
24	51100	Städtebau- und Stadtplanung	2013	10.000	Verringerung der Vergabe von externen Planungsleistungen
25	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	2012	1.700	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen
26	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	2012	1.000	Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen
27	52100	Gebühren Bauverwaltung	2012	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten
28	53700	Abfallentsorgung	2011	3.500	Verringerung der Abfallmengen

29	53810	Abfallbeseitigung - Abwasser	2011	10.000	Verringerung der Abfallmengen
30	54100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	2011	1.000	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
31	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2011	1.300	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
32	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2011	2.200	Abstellen der Brunnen o. Übernahme der Kosten durch Patenschaften
33	54100	Unterhaltung Grünflächen, Baumschnittarbeiten	2011	15.000	Umstellung der Baumschnittarbeiten, verstärkter Einsatz eines Mietsteigers, dadurch geringere Kosten
34	54501	Reduzierung Stromkosten für Straßenbeleuchtung	2012	30.000	Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen z.B. in unkritischen Bereichen und / oder Nebenstraßen im Zeitraum von 01.00 Uhr bis 04.00 Uhr
35	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	2012	18.000	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtsparkplatz mit Parkscheinautomat (vorher Bewirtschaftung mit Parkscheibe)
36	55100	Reduzierung Baumpflegemaßnahmen	2012	6.000	Durch verstärkte Auslichtung zu dicht wachsender Gehölzbestände soll im Laufe der nächsten Jahre der Aufwand für Baumpflegemaßnahmen dauerhaft gesenkt werden
37	55200	Gewässerunterhaltung	2012	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung
38	55400	Neuaufstellung Landschaftsplan	2010	0	Beschränkung des Leistungsumfangs
39	55400	Zuschüsse an übrige Bereiche an andere Träger	2011	1.100	Reduzierung / Aussetzung der Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen
40	55400	Hundetoiletten	2012	10.000	Finanzierung der Hundetoiletten durch Sponsoren
41	57100	Stadt- und Standortwerbung	2012	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter
42	57100	Mittel für Standortwerbung	2010	12.000	Reduzierung Etat für Standort- und Imagewerbung/Sponsorensuche
43	57100	Pflegemaßnahmen Bauhof/Gärtnerbauhof	2010	5.000	Reduzierung Kosten/Pflegemaßnahmen Bauhof
44	57101	Veranstaltungszentrum	2011	124.300	Reduzierung des Zuschussbedarfs
45	57300	Haltung von Fahrzeugen	2011	4.500	Reduzierung der Kosten durch Neuanschaffung
46	57301	Anteil Bilanzgewinn Stadtsparkasse	2011	23.200	Erhöhung des Anteils am Bilanzgewinn der Stadtsparkasse Burgdorf
47	57500	Druckerzeugnisse zur Imagewerbung	2010	1.500	Verzicht auf Druckerzeugnisse/Sponsorensuche
48	57500	Bauhof für Fremdenverkehrsförderung	2010	500	Verzicht auf Maßnahmen durch den Bauhof
49	61100	Grundsteuer A	2010 2011	8.300	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012 und 425 v.H. i.J. 2013
50	61100	Grundsteuer B	2010 2011	275.000	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012 und 425 v.H. i.J. 2013
51	61100	Gewerbesteuer	2010 2011	320.000	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012 und 425 v.H. i.J. 2013
52	61100	Grund-/Gewerbesteuer	2012	25.000	Mehreinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer durch mittelfristige zusätzliche Impulse aus der Vermarktung von Gewerbeflächen, insbesondere am neuen Standort Nordwest
53	61100	Hundesteuer	2011	6.000	Anhebung der Hundesteuer um 5%
54	61100	Vergnügungssteuer	2012	33.200	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuer von 12% auf 14% ab 01.07.2013
55	61200	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	2011	70.000	Zinsersparnis durch Optimierung der Liquiditätsplanung

56	126, 21, 272, 365, 366	Budgetierungsrichtlinien	2012	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien
57	versch.	Prozessoptimierung	2012	100.000	Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen
58	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung	2011	850.000	Einsparungen durch globale monetäre Zielvorgaben

Ausgelaufene bzw. dauerhaft nicht oder nicht im geplanten Umfang umsetzbare Maßnahmen

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Wert	Begründung
32	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2011	2.200	Abstellen der Brunnen o. Übernahme der Kosten durch Patenschaften
38	55400	Neuaufstellung Landschaftsplan	2010	50.000	Beschränkung des Leistungsumfangs
44	57101	Veranstaltungszentrum	2011	124.300	Reduzierung des Zuschussbedarfs

zu 32 Produkt 54100 - Bewirtschaftung Grundstücke/Anlagen Abstellen der Brunnen o. Übernahme der Kosten durch Patenschaften

Minderaufwand ab 2011: 2.200 €

Umsetzung

Für die Übernahme der Kosten der Brunnenunterhaltung haben sich leider keine Sponsoren gefunden. Die geplante Reduzierung konnte nicht erreicht werden.

zu 38 Produkt 55400 - Neuaufstellung Landschaftsplan Reduzierung des Leistungsumfangs

Minderaufwand 2011 und 2012: 50.000 € (2011: 30.000 €; 2012: 20.000 €)

Umsetzung

Da ein aktueller Landschaftsplan Voraussetzung für eine fachlich einwandfreie Abwägung im Zuge der geplanten Neufeststellung des Flächennutzungsplanes (FNP) ist, sollte auch der von 1994 stammende Landschaftsplan (LP) neu aufgestellt werden. Dafür wurde gemäß HOAI ein Honorar von 93.000 € ermittelt und für die Haushalte 2010 - 2012 angemeldet. Aufgrund der Haushaltssituation wurde beschlossen, den LP nicht komplett neu zu überarbeiten, sondern nur die für die FNP-Neufeststellung relevanten Teilbereiche einer Aktualisierung in Form eines landschaftsplanerischen Fachbeitrages zum FNP zu unterziehen. Dadurch konnte das Honorar um rund 43.000 € reduziert werden. Eine weitere Reduzierung der Leistung war nicht möglich, da sonst die Gefahr einer fehlerhaften Abwägung bei der Neufeststellung des FNP bestanden hätte.

Es wird davon ausgegangen, dass die beauftragte Honorarsumme eingehalten wird. Eine Fortschreibung dieser Maßnahme in den Folgejahren ist nicht möglich, da die Maßnahme in 2013 beendet wird.

zu 44 Produkt 57101 - Veranstaltungszentrum (VAZ) Reduzierung des Zuschussbedarfs

Minderaufwand ab 2011: 124.300 €

Umsetzung

Über das Haushaltssicherungskonzept 2011 wurde eine deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs nach Ablauf des seinerzeit aktuellen Pachtvertrages beschlossen.

In der eigens dafür gegründeten Arbeitsgruppe herrschte Einigkeit darüber, dass der damalige Pachtvertrag nicht verlängert und somit unter Einhaltung der Kündigungsfrist gekündigt werden soll. Der Pachtvertrag wurde daraufhin fristgerecht zum 31.12.2011 ge-

kündigt. Bis dahin waren vom Pächter vertragsgemäß keine Neben- oder Betriebskosten zu entrichten.

Der Betrieb des VAZ wurde mit dem Ziel neu ausgeschrieben, dass sämtliche Neben- und Betriebskosten sowie Instandhaltungs- und Wartungskosten vom zukünftigen Pächter zu tragen sind. Ein entsprechender Pachtvertrag wurde dann für die Zeit vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2016 geschlossen (Ratsbeschluss vom 29.09.2011). Aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Pächters sind in 2012 lediglich 3.500,00 € an Vorauszahlungen auf die Betriebskosten eingegangen. Nach dessen späterer Insolvenz wurde das Pachtverhältnis zum 30.11.2012 aufgelöst. Insofern war eine Reduzierung des Zuschussbedarfs in den Jahren 2011 und 2012 nicht zu erreichen. In 2012 standen Einnahmen in Höhe von 3.500,00 € Ausgaben in Höhe von 102.996,31 € inkl. MwSt und ohne Abschreibung und Verzinsung gegenüber.

Mit Wirkung vom 01.12.2012 wurde ein neues Konzept für den Betrieb des VAZ erarbeitet. Dies sieht vor, dass das VAZ auf freiberuflicher Basis geführt wird. Nunmehr werden Nutzungsentgelte nach einer Benutzungsordnung von den Veranstaltern direkt erhoben und unmittelbar an die Stadt abgeführt. In 2013 sind bislang Ausgaben (inkl. MwSt und ohne Abschreibung und Verzinsung) in Höhe von 104.917,29 € angefallen. Aus den Veranstaltungen konnten bis einschließlich Oktober 2013 Einnahmen in Höhe von insgesamt 12.428,59 € (ohne MwSt.) generiert werden.

Die ursprünglich bei dieser Position angestrebte Konsolidierungsmasse wird nicht zu erzielen sein. Es bleibt aber auch künftig das Ziel, die Erträge aus Nutzungsentgelten zu steigern und in diesem Umfang den Zuschussbedarf dieser Einrichtung zu vermindern.

Maßnahmen, die später als vorgesehen umgesetzt werden

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Wert	Begründung
20	36300	Jugendamt	2012	50.000	Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden
25	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	2012	1.700	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen
26	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	2012	1.000	Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen
27	52100	Gebühren Bauverwaltung	2012	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten
56	versch.	Budgetrichtlinien	2012	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien

zu 20 Produkt 36300 - Jugendamt

Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden

Minderaufwand ab 2012: 50.000 €

Umsetzung

Da Pflegestellen zunehmend schwerer zu rekrutieren sind und stationäre Jugendhilfeunterbringungen eine gesetzliche Pflichtaufgabe sind, ließ sich die Vorgabe bisher nicht umsetzen. Es bleibt aber weiterhin das Ziel, Heimunterbringungen zu vermeiden.

zu 25-27 Produkte 51100 und 51200 - Gebühren Städtebau - und Stadtplanung sowie Bauverwaltung

Die Änderung der Verwaltungskostensatzung ist zum 01.01.2014 erfolgt. Künftig ist mit entsprechenden Mehrerträgen zu rechnen.

zu 56 verschiedene Produkte - Budgettrichtlinien

Die Umsetzung der Maßnahme ist für 2014 geplant.

Umgesetzte und dauerhaft wirkende Maßnahmen

Dauerhafte Mehreinnahmen oder Minderausgaben, die sich aus einzelnen Haushaltskonsolidierungskonzepten ergeben, werden in den Folgejahren direkt in der Haushaltsplanung berücksichtigt. Dies bedeutet, die Erträge bzw. Ersparnisse hieraus beeinflussen direkt und dauerhaft in den jeweiligen Haushaltsjahren die Rechnungsergebnisse aller Folgejahre.

Da sie aber nicht zusätzlich wirken, werden die jeweiligen Maßnahmen aus vorangegangenen Haushaltssicherungskonzepten lediglich informativ aufgeführt (siehe nachfolgende Übersicht). Ohne diese Maßnahmen wären die jährlichen Fehlbeträge wesentlich höher. Hauptsächlich verdeutlicht die Auflistung aber auch, welche enormen Anstrengungen bereits in der Vergangenheit unternommen wurden, um die Defizite zurückzuführen.

Umgesetzte und dauerhaft wirkende Maßnahmen

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Vorgabe (2012)	Ergebnis (2012)	Begründung	Umsetzung
1	11100	Städtepartnerschaften	2012	15.900	15.900	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften	dauerhaft umgesetzt
2	11100	Großraumentdeckertag	2012	1.500	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumentdeckertag in Hannover	dauerhaft umgesetzt
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	2012	3.000	3.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)	dauerhaft umgesetzt
4	11102	Verwaltungsnebenstellen	2011	26.000	26.000	Schließung der Verwaltungsnebenstellen Otze und Raml./Ehlershausen	dauerhaft umgesetzt
5	11106	Glasreinigungskosten	2010	10.000	0	Reduzierung d. Reinigung von 2x auf 1x jährl.	Maßnahme wirkt sich alle 2 Jahre aus, in 2012 wurde eine Reinigung durchgeführt, deshalb wird in 2013 ausgesetzt.
6	11106	Gebäudewirtschaft - Betriebskosten	2011	15.000	6.400	Reduzierung der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen durch die Veräußerung von Liegenschaften (Weidendam, V.d.Celler Tor, Eseringer Str., Ratsweg)	Die Liegenschaften „Vor dem Celler Tor“ und Ratsweg sind im Jahr 2012 verkauft worden, Weidendam steht derzeit zum Verkauf. Im Rahmen eines neuen Bebauungsplans ist geplant, die Liegenschaft Eseringer Straße im Jahr 2014 zu verkaufen.
7	11106	Energieeinsparungen	2012	2.800	1.750	Energieeinsparungen durch Sanierung der Heizung und der Wärmedämmung in der GS Otze	Die Maßnahme wurde erst im Herbst 2012 abgeschlossen. Daher wirkte sie sich für das Jahr 2012 noch nicht komplett aus. Eine Berechnung des Ingenieurs für Haustechnik geht von einem Einsparpotenzial von bis zu 30% aus, was basierend auf den Heizkosten für 2010 einen Betrag in Höhe von rd. 2.800 € ausmacht. Die angefallenen Heizkosten 2012 liegen für die Schule GS Otze bei 11.500 € und damit 1.750 € unter den Kosten für 2011
8	11112	Vermessung u. Werbung Grundstücke	2010	10.000	10.000	Verzicht auf nicht zwingende Vermessung/Werbung	dauerhaft umgesetzt
9	11112	Aufwend. f. sonst. Dienstleistungen	2010	500	500	Reduktion Pflege städt. Flächen durch Bauhof	dauerhaft umgesetzt
10	12201	Bürgerbüro	2012	20.000	20.000	Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro	Durch den Wegfall des Samstagsdienstes konnte eine halbe Stelle eingespart werden.
11	12203	Verwarnungsgelder fließender Verkehr	2011	23.000	27.500	Anschaffung neue Kamera und Optimierung der Einsatzmöglichkeiten der Kamera zur Überwachung des fließenden Verkehrs	Durch Optimierung der Einsatzmöglichkeit und Häufigkeit der Messungen konnten im Haushaltsjahr 2012 insgesamt 57.556,53 € eingenommen werden. Damit wurden rd. 27.500 € mehr als veranschlagt eingenommen.

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Vorgabe (2012)	Ergebnis (2012)	Begründung	Umsetzung
12	.3321.	Benutzungsgebühren	2011	79.000	93.300	Erhöhung der Benutzungsgebühren um 10% mit Ausnahme der kostendeckenden Bereiche (Abwasser, Straßenreinigung u. Marktwesen) und der Kindergärten	Zum 01. April 2011 wurden die Gebühren der Stadtbücherei erhöht. Dadurch konnten im Jahr 2012 ca. 3.300 € Mehreinnahmen im Vergleich zu den Vorjahren erzielt werden. Im Bereich der Friedhofsgebühren ist eine Gebührenerhöhung ab dem 01.01.2012 erfolgt. Die Einnahmen haben sich dadurch um rund 90.000 € erhöht.
13	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule - Benutzungsgebühren	2010	6.000	2.000	Erhöhung d. Pauschale f. Nutzung Sporthalle TSV 1. Handball	Durch die TSV Abt. Handball Hannover-Burgdorf GmbH wird seit 2012 eine um 2.000,- € höhere Benutzungsgebühr entrichtet. Eine stärkere Gebührenerhöhung war nicht realisierbar.
14	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	2012	33.300	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)	dauerhaft umgesetzt
15	24300	Zuschüsse an übrige Bereiche - Schulbeihilfen	2010	30.000	30.000	Zahlung Zuschuss für ALG II Empfänger durch Job Center	dauerhaft umgesetzt
16	27200	Stadtbücherei	2012	5.000	5.000	Reduzierung der Haushaltsmittel im Budget der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)	dauerhaft umgesetzt
17	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratsschießen	2012	4.600	4.600	Die Schützenfeste und das Ratsschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt	dauerhaft umgesetzt
18	31500	Benutzungsgebühren	2010	1.000	400	Anpassung der Nebenkostenpauschale	Am 01.01.2011 wurden die Nebenkosten von 1,82 €/m² auf 2,64 €/m² erhöht. Unter Berücksichtigung der Belegungszahlen konnte dadurch ein Mehrertrag in Höhe von rd. 400 € erzielt werden.
19	31501	Essen auf Rädern	2012	500	500	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie	dauerhaft umgesetzt
20	365..	Gebühren Kindergarten	2011	24.500	15.400	Anpassung der Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2014	Die Gebühren wurden um 3 % im Jahr 2011 erhöht.
21	42401	Bäder Zuschuss an WBB	2011	23.000	25.600	Erhöhung Eintrittspreise HFB um 10%	Die Eintrittspreise für das Hallenfreibad Burgdorf wurden zum 01.09.2011 um rd. 10 % erhöht. Bei den Eintrittsgeldern war im Jahr 2012 eine Mehreinnahme von rd. 25.600 € zu verzeichnen.
22	53700	Abfallentsorgung	2011	3.500	7.400	Verringerung der Abfallmengen	Durch geringere Abfallmengen sind die Entsorgungskosten in 2012 rund 7.400 € geringer als in 2011 ausgefallen.
23	53810	Abfallbeseitigung - Abwasser	2011	10.000	20.000	Verringerung der Abfallmengen	Durch geringere Abfallmengen sind die Entsorgungskosten in 2012 rund 20.000 € geringer als in 2011 ausgefallen.

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Vorgabe (2012)	Ergebnis (2012)	Begründung	Umsetzung
24	54100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	2011	1.000	1.600	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen	Durch das Abschalten und den späteren Abbau der Lichtsignalanlagen (LSA) in der Markt- und Poststraße sowie in Hülptingsen konnten seit 2011 ca. 1.600 € Stromkosten und im Jahr 2012 ca. 1.500 € Wartungskosten eingespart werden.
25	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2011	1.300	1.500	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen	
26	54100	Unterhaltung Grünflächen, Baumschnittarbeiten	2011	15.000	15.000	Umstellung der Baumschnittarbeiten, verstärkter Einsatz eines Mietsteigers, dadurch geringere Kosten	Durch die Umstellung der Baumschnittarbeiten (Einsatz eines Mietsteigers, Ausführung der Arbeiten durch eigenes Personal) konnten bei der Vergabe an Fremdfirmen Einsparungen erzielt werden. In 2012 wurden keine Arbeiten mehr an eine Fremdfirma vergeben, die nicht durch eigenes Personal unter Einsatz eines Mietsteigers ausgeführt werden konnten, so dass das Einsparungsziel erreicht wurde. In 2012 wurden insgesamt rund 38.000 € für einen Mietsteiger ausgegeben. In 2012 sind durch Einführung des Baumkatasters genauere Baumkontrollen und verstärkt Auslichtungsarbeiten durchgeführt worden.
27	54501	Reduzierung Stromkosten für Straßenbeleuchtung	2012	30.000	0	Nachabschaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen z.B. in unkritischen Bereichen und / oder Nebenstraßen im Zeitraum von 01.00 Uhr bis 04.00 Uhr	Mit der Umsetzung ist in 2013 begonnen worden.
28	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	2012	18.000	1.900	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtparkplatz mit Parkscheinautomat (vorher Bewirtschaftung mit Parkscheibe)	Die Parkplätze am Schützenplatz wurden ab November 2012 und die Parkplätze am Finanzamt ab Dezember 2012 mittels eines Parkscheinautomaten bewirtschaftet. Dadurch wurden im Jahr 2012 Erträge in Höhe von 1.950,20 € erzielt.
29	55100	Reduzierung Baumpflegemaßnahmen	2012	6.000	0	Durch verstärkte Auslichtung zu dicht wachsender Gehölzbestände soll im Laufe der nächsten Jahre der Aufwand für Baumpflegemaßnahmen dauerhaft gesenkt werden	Die Umsetzung ist ab 2014 geplant.
30	55200	Gewässerunterhaltung	2012	10.000	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung	dauerhaft umgesetzt
31	55400	Zuschüsse an übrige Bereiche an andere Träger	2011	1.100	1.100	Reduzierung / Aussetzung der Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen	dauerhaft umgesetzt
32	57100	Stadt- und Standortwerbung	2012	2.500	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter	dauerhaft umgesetzt
33	57100	Mittel für Standortwerbung	2010	12.000	12.000	Reduzierung Etat für Standort- und Imagewerbung/Sponsorensuche	dauerhaft umgesetzt

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Vorgabe (2012)	Ergebnis (2012)	Begründung	Umsetzung
34	57100	Pflegemaßnahmen Bauhof/Gärtnerbauhof	2010	5.000	5.000	Reduzierung Kosten/Pflegemaßnahmen Bauhof	dauerhaft umgesetzt
35	57300	Haltung von Fahrzeugen	2011	4.500	6.800	Reduzierung der Kosten durch Neuanschaffung	Aufgrund der Ersatzbeschaffung eines Unimogs im Jahr 2011 konnten Reparaturkosten eingespart werden. Das Rechnungsergebnis 2012 konnte im Vergleich zu 2011 um 6.807,10 € reduziert werden.
36	57301	Anteil Bilanzgewinn Stadtparkasse	2011	23.200	23.200	Erhöhung des Anteils am Bilanzgewinn der Stadtparkasse Burgdorf	dauerhaft umgesetzt
37	57500	Druckerzeugnisse zur Imagewerbung	2010	1.500	1.500	Verzicht auf Druckerzeugnisse/Sponsorensuche	dauerhaft umgesetzt
38	57500	Bauhof für Fremdenverkehrs-förderung	2010	500	500	Verzicht auf Maßnahmen durch den Bauhof	dauerhaft umgesetzt
39	61100	Grundsteuer A	2010	8.300	6.900	Anhebung des Hebesatzes um 5 %	Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B und die Gewerbesteuer wurden gemäß den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes in 2012 entsprechend erhöht.
40	61100	Grundsteuer B	2010 2011	272.000	227.000	Anhebung des Hebesatzes um 5 %	
41	61100	Gewerbesteuer	2010 2011	314.000	317.500	Anhebung des Hebesatzes um 5 %	
42	61100	Grund-/Gewerbesteuer	2012	25.000	0	Mehreinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer durch mittelfristige zusätzliche Impulse aus der Vermarktung von Gewerbeflächen, insbesondere am neuen Standort Nordwest	An der Umsetzung wird intensiv gearbeitet; Erfolge zeichnen sich ab.
43	61100	Hundesteuer	2011	6.000	9.000	Anhebung der Hundesteuer um 5%	Es konnten in 2012 Mehreinnahmen in Höhe von rund 9.000 € erzielt werden.
44	61100	Vergnügungssteuer	2012	16.000	23.300	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuern von 12% auf 14%	Der Vergnügungssteuersatz wurde zum 01.07.2012 um 2 % angehoben. Dadurch konnten in 2012 Mehreinnahmen in Höhe von rund 23.300 € erzielt werden.
45	61200	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	2011	60.000	46.300	Zinsersparnis durch Optimierung der Liquiditätsplanung	In 2011 mussten für Zinszahlungen für Liquiditätskredite noch 56.706,32 € aufgewendet werden. In 2012 betrugen die Zinsaufwendungen nur noch 10.404,27 €. Es wird weiterhin an einer Optimierung des Liquiditätsmanagements gearbeitet. Hinzu kommen eine permanente Marktbeobachtung und überregionale Angebotsabfragen.
46	versch.	Prozessoptimierung	2012	100.000	0	Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen	Mit der Umsetzung ist in 2013 begonnen worden.

5. Neue Sicherungsmaßnahmen 2014

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Ergebnisverbesserung			
			2014	2015	2016	2017
			€	€	€	€
1	11102	Geschäftsaufwendungen allgemein	15.800	15.800	15.800	15.800
2	11102	Geschäftsaufwendungen Bürobedarf	10.400	10.400	10.400	10.400
3	11102	Erwerb geringw. Vermögensggeg.	5.000	5.000	5.000	5.000
4	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule			100.000	200.000
5	21700 21800	Gymnasium Gesamtschulen			53.000	106.000
6	53810	Unterhaltung Kläranlage			165.000	165.000
7	55300	Friedhöfe	54.000	54.000	54.000	54.000
8	55300	Friedhöfe			13.500	81.000
9	57500	Fremdenverkehr		2.600	2.600	2.600
			85.200	87.800	419.300	639.800
Maßnahmen, die noch nicht im Haushaltsplan 2014 berücksichtigt wurden und somit das Ergebnis 2014 verbessern						
1	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung	900.000	900.000	900.000	900.000
Neben den aufgeführten konkreten und verbindlichen Maßnahmen arbeitet die Stadt Burgdorf permanent daran, den Haushalt so weit wie möglich zu entlasten. Für die unmittelbare Zukunft sind in diesem Zusammenhang u.a. auch Untersuchungen in folgenden Bereichen vorgesehen bzw. bereits begonnen:						
1	11103	Personalwesen				
2	11106	Gebäudewirtschaft				
3	div.	Freiwillige Leistungen				
Diese Maßnahmen wurden (noch) nicht in die Auflistung der Sicherungsmaßnahmen aufgenommen, da es sich hierbei bisher nur um Prüfaufträge handelt und sich die zu erzielenden Einsparungen derzeit weder zeitlich noch vom Umfang her beziffern lassen						

zu 1 Produkt 11102 - Geschäftsaufwendungen allgemein

Reduzierung des Leistungsumfangs

Minderaufwand ab 2014: 15.800 €

Umsetzung

Das aktuelle Leistungsangebot wird eingeschränkt.

zu 2 Produkt 11102 - Geschäftsaufwendungen Bürobedarf

Reduzierung des Leistungsumfangs

Minderaufwand ab 2014: 10.400 €

Umsetzung

Das aktuelle Leistungsangebot wird eingeschränkt.

zu 3 Produkt 11102 - Erwerb geringw. Vermögensgegenstände

Reduzierung des Leistungsumfangs

Minderaufwand ab 2014: 5.000 €

Umsetzung

Das aktuelle Leistungsangebot wird eingeschränkt.

zu 4 Produkt 21100 - Gudrun-Pauswang-Grundschule
Reduzierung der Unterhaltungskosten.

Minderaufwand ab 2016: 100.000 €

Umsetzung

Durch die Standortverlagerung entstehen geringere Unterhaltungskosten.

zu 5 Produkte 21700 - Gymnasium
21800 Gesamtschulen
Reduzierung der Zahlung von Gastschulgeldern.

Minderaufwand ab 2016: 53.000 €

Umsetzung

Durch Gründung einer eigenen IGS in Burgdorf werden weniger Gastschulgelder fällig. Es ist davon auszugehen, dass bereits zu zahlende Gastschulgelder nicht eingespart werden können. Allerdings sollte eine jährliche Verringerung möglich sein, da künftig keine ‚Abwanderung‘ von Schülern erfolgen wird. Die sonst dafür aufzuwendenden Beiträge werden eingespart.

zu 6 Produkt 53810 - Unterhaltung Kläranlage
Reduzierung der Betriebskosten

Minderaufwand ab 2016: 165.000 €

Umsetzung

Mittels anaerober Schlammstabilisierung, auch als Klärschlammfäulung bezeichnet, wird ein Überschuss an elektrischer Energie gewonnen. Durch das Verfahren werden ab 2016 Kosten in Höhe von rd. 50 T€ für Strom, 60 T€ für Betriebsstoffe und 55 T€ bei der Entsorgung des Klärschlammes pro Jahr eingespart.

zu 7 Produkt 55300 - Friedhöfe
Neue Gebührenstaffelung

Mehrertrag ab 2014: 54.000 €

Umsetzung

Durch eine Anpassung der Gebührenstaffelung steigen die Gebühreneinnahmen (Vorlage 2013 0426; 1. Alt.) ab 2014 voraussichtlich um 54.000 €.

zu 8 Produkt 55300 - Friedhöfe
Einsparungen durch Rekommunalisierung der Friedhofspflege

Minderaufwand ab 2015: 13.500 € (anteilig)
ab 2016: 81.000 €

Umsetzung

Durch die vom Rat beschlossene Rekommunalisierung der Friedhofspflege können die Kosten im Vergleich zur Fremdvergabe verringert werden.

zu 9 Produkt 57500 - Fremdenverkehr
Die Mitgliedschaft wird beendet.

Minderaufwand ab 2015: 2.600 €

Umsetzung

Wegfall des Mitgliedsbeitrages an den Tourismus Region Hannover e.V. (TRH)

6. Zusammenfassung und Ausblick

Nach wie vor steigt in Niedersachsen die Zahl der Städte und Gemeinden, die unausgeglichene Haushalte haben und deshalb Haushaltssicherungskonzepte aufstellen oder fort-schreiben müssen. In den überwiegenden Fällen kann jedoch der Haushaltsausgleich wegen stetig sinkender Erträge bzw. steigender Aufwendungen sowie zusätzlicher Aufgaben dadurch nicht erreicht werden.

Für die Stadt Burgdorf besteht seit dem Haushaltsjahr 2010 die Verpflichtung, entsprechende Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen. Seit Mitte des Jahres 2012 beschäftigt sich die aus Vertretern der einzelnen Ratsfraktionen und aus Vertretern der Verwaltung bestehende Arbeitsgruppe ‚Haushaltssicherung‘ damit, Maßnahmen zur Verbesserung der defizitären Haushaltslage zu erarbeiten.

Die Zielsetzung hierbei ist

- kurzfristig: Ausgleich des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit,
- mittelfristig: Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses und
- langfristig: Erzielung eines positiven ordentlichen Ergebnisses.

Das hier vorliegende Haushaltssicherungskonzept bildet dabei nur einen Teil der insgesamt ergriffenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ab. Darüber hinaus wird insbesondere jeweils bereits schon bei der Aufstellung des Haushalts darauf hingewirkt, das Verhältnis zwischen Aufwendungen und Erträgen zu optimieren, um Fehlbeträge möglichst zu vermeiden. Auch im Rahmen der Bewirtschaftung wird auf größtmögliche Effizienz und Effektivität geachtet. Im Ergebnis wird es aber generell, so auch für die Stadt Burgdorf, mit fortschreitender Konsolidierungsdauer zunehmend schwieriger, zusätzliche Konsolidierungspotentiale zu erschließen.

Die Verwaltung wird gemeinsam mit der Politik natürlich auch weiterhin engagiert daran arbeiten, durch Aufwandsreduzierungen bzw. auch Ertragserhöhungen wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Grundsätzlich bleibt jedoch festzustellen, dass es ohne grundlegende Änderungen zur Verbesserung der Ertragssituation der Kommunen, z.B. im Rahmen des Finanzausgleichs, kaum möglich sein wird, den Haushaltsausgleich in dem vorgeschriebenen Zeitraum zu erreichen.

Haushaltssicherungskonzept 2014

A. Fortschreibung der Haushaltssicherungskonzepte 2010 bis 2013

A1. Maßnahmen, die bereits im Haushaltsplan 2014 berücksichtigt wurden

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	HSK	2014	2015	2016	2017	Begründung
					€	€	€	€	
1	11100	Städtepartnerschaften	10	2012	1.400	1.400	1.400	1.400	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften
2	11100	Großraumentdeckertag	10	2012	1.500	1.500	1.500	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumentdeckertag in Hannover
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	10	2012	3.000	3.000	3.000	3.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)
4	11102	Verwaltungsnebenstellen	10	2011	26.000	26.000	26.000	26.000	Schließung der Verwaltungsnebenstellen Otze und Raml. / Ehlersh.
5	11106	Glasreinigungskosten	25	2010	0	10.000	0	10.000	Reduzierung d. Reinigung von 2x auf 1x jährl.
6	11106	Gebäudewirtschaft - Betriebskosten	25	2011	15.000	15.000	15.000	15.000	Reduzierung der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen durch die Veräußerung von Liegenschaften (Weidendamm, V.d.Celler Tor, Eseringer Str., Ratsweg)
7	11106	Energieeinsparungen	25	2012	2.800	2.800	2.800	2.800	Energieeinsparungen durch Sanierung der Heizung und der Wärmedämmung in der GS Otze
8	11112	Vermessung u. Werbung Grundstücke	80	2010	10.000	10.000	10.000	10.000	Verzicht auf nicht zwingende Vermessung/Werbung
9	11112	Aufwend. f. sonst. Dienstleistungen	80	2010	500	500	500	500	Reduktion Pflege städt. Flächen durch Bauhof
10	12201	Bürgerbüro	33	2012	20.000	20.000	20.000	20.000	Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro, dadurch Einsparung 1/2 Stelle
11	12201	Bürgerbüro	33	2013	40.000	40.000	40.000	40.000	Streichung des Zuschussbetrages für den Bereich KfZ-Zulassung
12	12203	Verwarnungsgelder fließender Verkehr	39	2011	23.000	23.000	23.000	23.000	Anschaffung neue Kamera und Optimierung der Einsatzmöglichkeiten der Kamera zur Überwachung des fließenden Verkehrs
13	.3321.	Benutzungsgebühren		2011	79.000	79.000	79.000	79.000	Erhöhung der Benutzungsgebühren um 10% mit Ausnahme der kostendeckenden Bereiche (Abwasser, Straßenreinigung u. Marktwesen) und der Kindergärten
14	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule - Benutzungsgebühren	40	2010	2.000	2.000	2.000	2.000	Änderung: Erhöhung d. Pauschale f. Nutzung Sporthalle TSV 1. Handball - 2.000 € statt bisher 6.000 € (siehe HSB 2012); Anpassungen werden regelmäßig geprüft
15	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	40	2012	33.300	33.300	33.300	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)
16	24300	Zuschüsse an übrige Bereiche - Schulbeihilfen	40	2010	30.000	30.000	30.000	30.000	Zahlung Zuschuss für ALG II Empfänger durch Job Center
17	27200	Stadtbücherei	40	2012	5.000	5.000	5.000	5.000	Reduzierung der Haushaltsmittel im Budget der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)
18	27200	Stadtbücherei	40	2013	3.000	3.000	3.000	3.000	Verbesserung des Kostendeckungsgrades alle 2 Jahre um 1%

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	HSK	2014	2015	2016	2017	Begründung
19	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratsschießen	10	2012	4.600	4.600	4.600	4.600	Die Schützenfeste und das Ratsschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt
20	31500	Benutzungsgebühren	32	2010	1.000	1.000	1.000	1.000	Anpassung der Nebenkostenpauschale
21	31501	Essen auf Rädern	50	2012	500	500	500	500	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie
22	36300	Jugendamt	51.1	2012	50.000	50.000	50.000	50.000	Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden
23	365...	Gebühren Kindergarten	51.1	2011	24.500	24.500	24.500	24.500	Anpassung der Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2013
24	365...	Gebühren Kindergarten	51.2	2013	2.000	5.000	5.000	5.000	Mehrertrag KiTa-Gebühren durch Umstellung der Gebührenstaffelungen
25	42100	Allgemeine Sportförderung	40	2013	2.800	2.800	2.800	2.800	Einstellung der Erwachsenenförderung
26	42401	Bäder Zuschuss an WBB	10	2011	23.000	23.000	23.000	23.000	Erhöhung Eintrittspreise HFB um 10%
27	51100	Städtebau- und Stadtplanung	61	2013	10.000	10.000	10.000	10.000	Verringerung der Vergabe von externen Planungsleistungen
28	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.700	1.700	1.700	1.700	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen
29	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.000	1.000	1.000	1.000	Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen
30	52100	Gebühren Bauverwaltung	60	2012	1.000	1.000	1.000	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten
31	53700	Abfallentsorgung	66	2011	3.500	3.500	3.500	3.500	Verringerung der Abfallmengen
32	53810	Abfallbeseitigung - Abwasser	66	2011	10.000	10.000	10.000	10.000	Verringerung der Abfallmengen
33	54100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	66	2011	1.000	1.000	1.000	1.000	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
34	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	66	2011	1.300	1.300	1.300	1.300	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
35	54100	Unterhaltung Grünflächen, Baumschnittarbeiten	66	2011	15.000	15.000	15.000	15.000	Umstellung der Baumschnittarbeiten, verstärkter Einsatz eines Mietsteigers, dadurch geringere Kosten
36	54500	Optimierung der Straßenreinigung	22	2013	10.000	10.000	10.000	10.000	Reduzierung der Reinigungsklassen, dadurch Verringerung des öffentlichen Anteils
37	54501	Reduzierung der Stromkosten für Straßenbeleuchtung	66	2012	30.000	30.000	30.000	30.000	Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen z.B. in unkritischen Bereichen und / oder Nebenstraßen im Zeitraum von 01.00 Uhr bis 04.00 Uhr
38	54501	Straßenbeleuchtung	66	2013		20.000	20.000	20.000	Einsparung von Stromkosten wegen Umstellung auf energieeffizientere Leuchtmittel
39	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	66	2012	18.000	18.000	18.000	18.000	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtparkplatz mit Parkscheinautomat (vorher Bewirtschaftung mit Parkscheibe)
40	55100	Reduzierung Baumpflegemaßnahmen	66	2012	12.000	12.000	12.000	12.000	Durch verstärkte Auslichtung zu dicht wachsender Gehölzbestände soll im Laufe der nächsten Jahre der Aufwand für Baumpflegemaßnahmen dauerhaft gesenkt werden
41	55200	Gewässerunterhaltung	31	2012	10.000	10.000	10.000	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	HSK	2014	2015	2016	2017	Begründung
42	55400	Zuschüsse an übrige Bereiche an andere Träger	31	2011	1.100	1.100	1.100	1.100	Reduzierung / Aussetzung der Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen
43	55400	Hundetoiletten	66	2012	10.000	10.000	10.000	10.000	Finanzierung der Hundetoiletten durch Sponsoren
44	57100	Stadt- und Standortwerbung	80	2012	2.500	2.500	2.500	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter
45	57100	Mittel für Standortwerbung	80	2010	12.000	12.000	12.000	12.000	Reduzierung Etat für Standort- und Imagewerbung/Sponsorensuche
46	57100	Pflegemaßnahmen Bauhof/Gärtnerbauhof	80	2010	5.000	5.000	5.000	5.000	Reduzierung Kosten/Pflegemaßnahmen Bauhof
47	57101	Veranstaltungszentrum	25	2014	15.000	15.000	15.000	15.000	Änderung: Die ursprünglich angestrebte Konsolidierungsmasse wird nicht zu erzielen sein. Es bleibt aber auch künftig das Ziel, die Erträge aus Nutzungsentgelten zu steigern und in diesem Umfang den Zuschussbedarf zu reduzieren. - 15.000 € statt bisher 124.300 € (siehe HSB 2012)
48	57300	Haltung von Fahrzeugen	66	2011	4.500	4.500	4.500	4.500	Reduzierung der Kosten durch Neuanschaffung
49	57301	Anteil Bilanzgewinn Stadtparkasse	20	2011	23.200	23.200	23.200	23.200	Erhöhung des Anteils am Bilanzgewinn der Stadtparkasse Burgdorf
50	57500	Druckerzeugnisse zur Imagewerbung	80	2010	1.500	1.500	1.500	1.500	Verzicht auf Druckerzeugnisse/Sponsorensuche
51	57500	Bauhof für Fremdenverkehrsförderung	80	2010	500	500	500	500	Verzicht auf Maßnahmen durch den Bauhof
52	61100	Grundsteuer A	20	2010, 2011, 2013	11.600	11.600	14.900	14.900	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012, 425 v.H. i.J. 2013, 435 v.H. i.J. 2014, 445 v.H. i.J. 2016
53	61100	Grundsteuer B	20	2010, 2011, 2013	388.000	391.000	504.000	507.000	
54	61100	Gewerbsteuer	20	2010, 2011	326.000	332.000	338.000	342.000	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012 und 425 v.H. i.J. 2013
55	61100	Grund- / Gewerbesteuer	20	2012	50.000	75.000	75.000	75.000	Mehreinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer durch mittelfristige zusätzliche Impulse aus der Vermarktung von Gewerbeflächen, insbesondere am neuen Standort Nordwest
56	61100	Gewerbsteuer	20	2013					Prüfung der Hebesätze unter Berücksichtigung des Umfeldes
57	61100	Hundesteuer	20	2011	6.000	6.000	6.000	6.000	Anhebung der Hundesteuer um 5%
58	61100	Vergnügungssteuer	20	2012	33.200	33.200	33.200	33.200	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuern von 12% auf 14% ab 01.07.2013
59	61200	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	21	2011	70.000	70.000	70.000	70.000	Zinsersparnis durch Optimierung der Liquiditätsplanung
60	126, 21, 272, 365, 366	Budgetierungsrichtlinien	20	2012	15.000	15.000	15.000	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien
61	versch.	Prozessoptimierung	15	2012	100.000	100.000	100.000	100.000	Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen
62	versch.	Kalkulatorische Verzinsung	20	2013	60.000	60.000	60.000	60.000	Mehrertrag von kalkulatorischen Zinsen bei Erhöhung des Zinssatzes auf 4 %

Gesamt

1.663.500 1.730.500 1.842.800 1.859.800

A2. Maßnahmen, die noch nicht im Haushaltsplan 2014 berücksichtigt wurden und somit das Ergebnis 2014 verbessern

1	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung		2011	900.000	900.000	900.000	900.000	Einsparungen durch globale monetäre Zielvorgaben
---	---------	---	--	------	---------	---------	---------	---------	--

Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung

Einsparung							
Kto.art	Bezeichnung	prozentual vom Ansatz 2014	2014	2015	2016	2017	
40	Personalaufwendungen	0,5	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	u.a. verzögerte Neu- / Wiederbesetzung von freien Stellen
421	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	5,5	174.000 €	174.000 €	174.000 €	174.000 €	u.a. Verzicht auf Schönheitsreparaturen, Beschränkung der baulichen Unterhaltung auf das Notwendigste
422	Unterhaltung des beweglichen Vermögens u. Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	6,0	43.000 €	43.000 €	43.000 €	43.000 €	Vorgabe an die Fachabteilungen bzw. die städtischen Einrichtungen, die Einsparvorgaben durch geeignete Maßnahmen und eine sparsame Mittelbewirtschaftung zu erzielen
423	Mieten und Pachten	3,0	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	u.a. Reduzierung der Kosten durch geeignete Energiesparmaßnahmen
424	Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	4,0	136.000 €	136.000 €	136.000 €	136.000 €	
425	Haltung von Fahrzeugen	4,0	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	
426	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	6,0	14.000 €	14.000 €	14.000 €	14.000 €	
427	Besondere Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen	6,5	113.000 €	113.000 €	113.000 €	113.000 €	
429	Aufwendungen für sonst. Dienstleistungen	2,0	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	u.a. Reduzierung der Verluste der Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH und in Folge dessen des Zuschusses der Stadt Burgdorf
431	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	3,5	143.000 €	143.000 €	143.000 €	143.000 €	
442	Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten	5,0	14.000 €	14.000 €	14.000 €	14.000 €	
443	Geschäftsaufwendungen	2,0	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	
444	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	5,0	14.000 €	14.000 €	14.000 €	14.000 €	
445	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten	5,0	19.000 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €	effektives Kreditmanagement; weitere Optimierung der Liquiditätsplanung
451	Zinsaufwendungen	14,0	101.000 €	101.000 €	101.000 €	101.000 €	
452	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	14,0	6.000 €	6.000 €	6.000 €	6.000 €	
			900.000 €	900.000 €	900.000 €	900.000 €	

Haushaltssicherungskonzept 2014

B Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts - Neue Sicherungsmaßnahmen

B1. Konkrete Sicherungsmaßnahmen

Nr.	Produkt	Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	Begründung
			€	€	€	€	
1	11102	Geschäftsaufwendungen allgemein	15.800	15.800	15.800	15.800	Reduzierung des Leistungsumfangs
2	11102	Geschäftsaufwendungen Bürobedarf	10.400	10.400	10.400	10.400	Reduzierung des Leistungsumfangs
3	11102	Erwerb geringw. Vermögensggeg.	5.000	5.000	5.000	5.000	Reduzierung des Leistungsumfangs
4	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule			100.000	200.000	Reduzierung der Unterhaltungskosten
5	21700 21800	Gymnasium Gesamtschulen			53.000	106.000	Reduzierung der Zahlung von Gastschulgeldern
6	53810	Unterhaltung Kläranlage			165.000	165.000	Reduzierung der Betriebskosten
7	55300	Friedhöfe	54.000	54.000	54.000	54.000	Neue Gebührenstaffelung
8	55300	Friedhöfe			13.500	81.000	Einsparungen durch Rekommunalisierung der Friedhofspflege
9	57500	Fremdenverkehr	500	2.600	2.600	2.600	Wegfall des Mitgliedsbeitrages
Gesamt			85.700	87.800	419.300	639.800	

B2. Untersuchungen zu möglichen (zukünftigen) Haushaltssicherungsmaßnahmen

Nr.	Produkt	Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	Begründung
1	versch.	Schulentwicklungsplanung					Überprüfung der Zusammenlegung einzelner Schulstandorte
2	11106	Gebäudewirtschaft					Überprüfung des Gebäudebestandes, insbesondere auch Untersuchung Neuorganisation der Rathäuser; mögl. Outsourcing einzelner Leistungen
3	12600	Brandschutz					Kalkulation der Gebühren für Feuerwehreinsätze und evtl. Anpassung der Gebühren ab 2014
4	versch.	Freiwillige Leistungen					Überprüfung der freiwilligen Leistungen